Erster Beigeordneter Dr. Knauber berichtet zunächst zum Punkt „Errichtung Containerklassen“. Die Baugenehmigung einschl. Brandschutzkonzept für die Containeranlage liegt vor, die Ausschreibungsunterlagen werden bis zum Ende der Woche (27.KW) erstellt, so dass in der 28.KW die Ausschreibung veröffentlicht werden kann, die Verwaltung hofft auf eine ausreichende Zahl an Angeboten. Derzeit läuft alles wie vorgesehen, alles liegt im Zeitplan, so dass bis Anfang November mit der Übergabe zu rechnen ist, sofern keine unvorhergesehenen Probleme auftreten. Die Vergabe ist vorgesehen für die Sitzung des Feuerwehr-, Bau- und Vergabeausschusses am 27.08.2019.
Anschließend nimmt er Stellung zum zweiten großen Themenbereich, nämlich der Aufnahme von Kindern aus anderen Gemeinden und der von der Stadt Rheinbach geforderten Gesetzesänderung. In der Sache hat es seit der letzten Sitzung des Ausschusses verschiedene Gesprächsrunden gegeben, unter anderem auf Veranlassung des Ministeriums. Dort setzt man auf eine interkommunale Lösung.
Danach gab es einen Austausch mit den andern maßbeglich betroffenen linksrheinischen Kreiskommunen, dies mündete in bilaterale Gespräche mit der Gemeinde Swisttal.
Dieses Gespräch fand unter Beteiligung der Schulleitungen der Gesamt- und Sekundarschule und der Verwaltungsspitzen statt. Dabei hat sich die Sekundarschule aus nachvollziehbaren pädagogischen Gründen gegen eine Dependance der Gesamtschule in Swisttal ausgesprochen. Auch die Schulleiterin der Gesamtschule, Frau Dietrich-Rein, sieht dies ähnlich, da die Schule durch die beiden Standorte bereits jetzt vor Probleme gestellt wird.

Um eine Lösung der Problematik zu erreichen, wurde dann nochmal das Ministerium involviert und auch die Politik eingeschaltet. Aufgrund der Bemühungen der FDP-Abgeordneten im Bund, Frau Westig, und im Land, Herrn Freynick, findet nun am 10.Juli ein Gespräch bei der Ministerin, Frau Gebauer, in der Sache statt. Nach wie vor hält die Stadt an der beantragten Gesetzesänderung fest, dabei erhält sie auch Unterstützung durch den Präsidenten des Städte- und Gemeindebundes NW.
Sollte sich hier keine Lösung ergeben, wäre ein Schulversuch dahingehend denkbar, dass Swisttal zunächst eine 3-zügige Gesamtschule errichtet. Diese Lösung wird von der Gemeinde Swisttal favorisiert.
Es wird massiv eine Lösung gefordert werden, leider wurde die Gesetzesänderung wegen angeblich verfassungsrechtlicher Gründe abgelehnt. Dies sieht die Verwaltung aber anders und fordert vom Land ein unabhängiges Gutachten.
Erster Beigeordneter Dr. Knauber wagt derzeit keine Prognose zum Ergebnis des bevorstehenden Gespräches. Sollte sich keine Lösung abzeichnen, stünden die Stadt und die Schule vor einem großen Problem, da zum Schuljahr 20120/21 auch keine Mehrklasse mehr möglich sein wird.

Der Vorsitzende, Ratsherr Danz, bedauert, dass das Land nicht in Lage ist, die Kommunen bei der Lösung ihrer Probleme zu unterstützen.

Ratsherr Meyer äußert seine Beunruhigung über die Situation und kritisiert, dass es keine schriftliche Vorlage gegeben habe. Er zitiert aus der Vorlage für den Schulausschuss der Gemeinde Swisttal, in der die Termine für die Gespräche etc. genau aufgeführt sind. Er hält den terminlichen Ablauf der Gespräche für zu weit gefasst und regt Gespräche unter der Beteiligung der Bezirksregierung an.

Erster Beigeordneter Dr. Knauber weist die Kritik deutlich zurück, da nach seiner Auffassung eine ausführliche Information des Ausschusses erfolgt ist und eine minutiöse Auflistung der Gespräche keinen Nutzen habe, wenn keine Ergebnisse vorliegen. Ergebnisse erhofft er sich von dem Gespräch am 10.Juli. Er zeigt sich enttäuscht über die mangelnde Unterstützung des Landtages für die Kommunen, auch die Fraktionen müssten da entsprechenden politischen Druck aufbauen.

Ratsherr Beißel teilt die Beunruhigung. Nach seiner Auffassung können da nur konzertierte Aktionen mit Politik und Elternschaft, wie z.B. ein Protest vor dem Landtag o.ä., helfen.

Der Vorsitzende, Ratsherr Danz, stellt zusammenfassend fest, dass es ohne eine politische Lösung sehr schwierig wird, weil eine weitere Mehrklasse nicht mehr geneghmigungsfähig ist und dann in der September-Sitzung des Ausschusses z.B. auch eine Entscheidung über die Zügigkeit der Gesamtschule fallen müsse.

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.